

# was tun

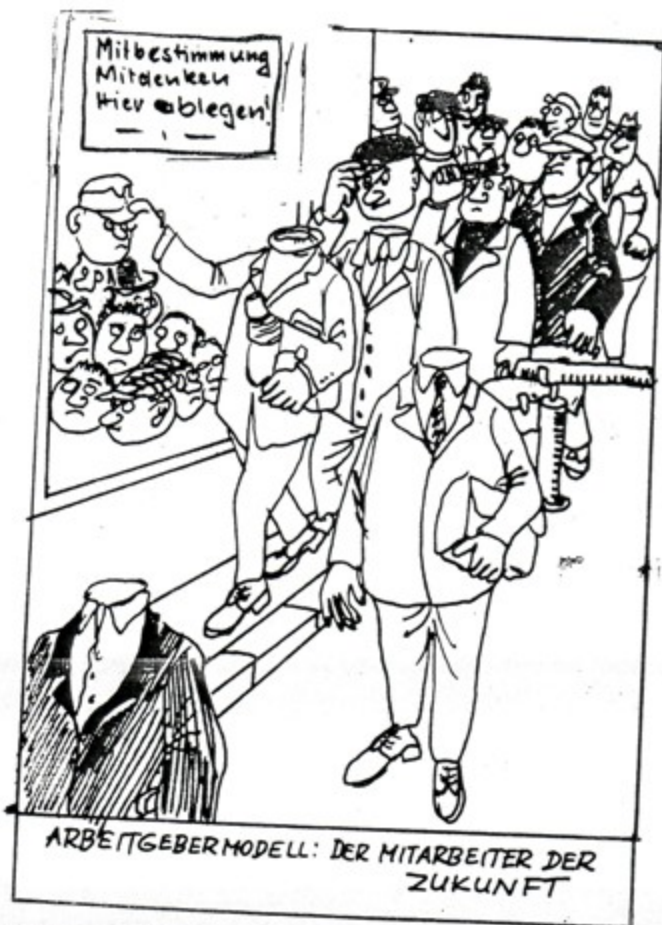
*Harmburgerstr. 76*

## IM BETRIEB

Nr.2

inhalt:

Bombenattentate in der BRD .....	S. 2
München '72 .....	S. 2
Personalplanung nach dem BVG .....	S. 4
Gewerkschaft .....	S. 5
Frauen in der Gewerkschaft .....	S. 6
SEL-Profite .....	S. 7
VIETNAM-Kurzinfo .....	S. 7
Kurznachrichten .....	S. 8



**SOZIALISTISCHE  
BETRIEBSGRUPPE ESSLINGEN**

verantwortlich für den inhalt:

k.h.göbel  
73 esslingen  
schorndorferstr. 86

druck: eigendruck

*26*

## BOMBENATTENTATE IN DER BRD

Wir können uns nicht vorstellen, daß Arbeiter oder Studenten diese Bombenattentate billigen, weil hier ja nur wieder Arbeiter oder einfache Soldaten getroffen werden. Wiederum können sich die Verfasser dieses Artikels nicht vorstellen, daß eine linke Gruppe, die sich für einen Arbeiterstaat einsetzt, das Leben von Arbeitern auf so sinnlose Weise aufs Spiel setzt (wie z. B. beim Attentat im A Springer-Hochhaus). Den Schaden bezahlt die Versicherung und 17 Arbeiter und Angestellte wurden verletzt.

„BILD“ ja, Arbeiter NEIN

Durch diese Bombenattentate werden die Herren Genscher und Dregger in die Lage gesetzt, gegen die gesamte Linke mit brutaler Gewalt vorgehen zu können. Nicht zuletzt auch dadurch, daß die bürgerliche Presse und die Rundfunk- und Fernsehanstalten alles für eine blinde Kommunistenthetze verwenden (z. B. ZDF-Löwenthal).

Hier heißt es wachsam sein und zwischen den Zeilen lesen, denn es gab schon einmal vor 39 Jahren so eine Hetzkampagne (Reichstagsbrand).

Gewalt als Gegengewalt gegen Ausbeutung und Unterdrückung, z. B. Streik, JA.

---

## MÜNCHEN 72 - TREFFPUNKT DER JUGEND DER WELT

Glaubt man den Worten des deutschen Olympiaoberfunktionärs Daume, der sich in der Öffentlichkeit mit den Worten: „Mit aller uns zustehenden Bescheidenheit werden die Olympischen Spiele in München ausgerichtet“, präsentierte, dann könnte sich der deutsche Steuerzahler freuen. Weiter meinte Daume: „Die olympischen Spiele haben bisher unter Gigantismus gelitten. Wir wollen ihm in München widerstehen.“

Nach diesen Worten konnte Münchens Oberbürgermeister Vogel nicht widerstehen und sagte: „Falls für das Jahr 1972 Spiele erwartet werden, die den Aufwand und zahlenmäßige Ergebnisse erreichen oder gar übertreffen, dann will München diese Spiele nicht.“ Diese Worte, inzwischen 6 Jahre alt, sind vergessen.

Auf dem Oberwiesenfeld wurden pro km<sup>2</sup> mehr Geld ausgegeben als Bayern die letzten 10 Jahre für die Altenpflege investierte. Allein der Olympia-Müll, der nach den 16 Tagen abgebaut und weggekartet wird, kostet fast so viel wie die olympischen Spiele 1956 in Melbourne: mehr als 20 Millionen DM.

Das sogenannte Olympiazelt, eine unnötige architektonische Spielerei, verschlingt 180 Millionen DM während in München 30 000 Kindergartenplätze fehlen, weil sie zu teuer sind.

Ein Kindergartenplatz

kostet 5000 DM. Das Radrennstadion, dessen laufender Meter Piste aus Doussier-Afzelia-Sumpfholz aus Kamerun 2291 DM kostet, ist längst wieder veraltet, da es nach den alten Radsportmaßen gebaut wurde.

In München-Riem ließen die Olympiafunktionäre (Monatsgehalt 10 000 DM) ein Reitersat

ein Reiterstadion mit Klimaanlage und allem Komfort für die Pferde für runde 40 Mill. Mark bauen. Dafür besitzen die Münchner Stadtteile Moosach und Hausen (67 000 Einwohner) keine Realschule und

keine Realschule und kein Gymnasium. Der Bau eines Schulzentrums würde 40 Mill. Mark

kosten. Zu teuer, denn Investitionen für Bildung sind eine einmalige Ausgabe, die sich auf lange Zeit lohnt; Olympia dauert 16 Tage. Besser und schneller kann man

dieses Geld kaum verbubeln, wo doch Reiten eine Sache für die Reichen ist.

Die olympische Halle für Ringer und Judo-kas kostet eine Kleinigkeit von 45 Mill. DM. Dafür mußte München noch 600 000 DM für Schulrenovierung streichen. Arme Stadt!

(Pro Bürger (Verschuldung pro Bürger 840 DM)

Die wunderschöne olympische Schwimmhalle wird nach dem 10. Sept. abgebaut. Für sie muß der Steuerzahler 87 Mill. aufbringen.



esenes Geld ist futsch, obwohl man diese Schwimmhalle später der Öffentlichkeit, dem Schulsport usw. zugänglich machen könnte. Dafür dürfen bei der Eröffnung 2880 Schulkinder ins Olympiastadion laufen und Teilnehmer und Gäste begrüßen. Die Kleidung dieser Kinder (32,80 DM) müssen die Eltern zahlen. Kostenlos ist die Kleidung der Funktionäre, vom Pariser Modeschöpfer Courrèges entworfen (Preis pro Stück 500 DM).

Bei dieser Milliardenpleite konnte die verschuldete Bundespost nicht abseits stehen. Sie investierte 600 Mill. DM für 2500 Fernmeldeleitungen, Bildsender für Satellitenübertragungen, 3 000 Farbfernsehgeräte für Reporter. Was 12 000 Münchner denken, die schon lange auf ihre Telefonanschlüsse warten, dafür interessiert sie sich nicht.

Die Bundeswehr ließ sich auch nicht lumpen. Sie steuerte 20 000 Soldaten, Sachen und Dienstleistungen im Werte von 130 Mill. bei. Einige der Brücken die die Pioniere bauen, werden nach den Spielen abgerissen. 1,5 Milliarden DM wurden für Bahnanlagen ausgegeben. Der nach 16 Tagen unnütze Bahnhof Olympiastation kostet 15 Mill. DM. 3 Milliarden DM wurden investiert damit in den 1500 olympischen Stunden 1109 Medallengewinner ermittelt werden können. Die amtlichen Olympiakosten belaufen sich gegenwärtig auf 1.972 Milliarden. Davon will das Organisationskomitee 1,2 Milliarden durch Einnahmen decken. Damit der Spektakel in München über die Bühne rollen kann, mußten

ort 6 Schulbauvorhaben und jede zukunftsorientierte Schulpolitik gestoppt werden. Der Bau von 9150 schon geplanten und dringend benötigten Sozialwohnungen mußte eingestellt werden. Man muß dazu noch sagen,

daß München im sozialen Wohnungsbau und in der Anzahl der Abiturienten in der Bundesrepublik an letzter Stelle steht. Für die Bekämpfung der Luftverschmutzung kann in München in den nächsten Jahren keine Mark locker gemacht werden.

130 Millionen Mark muß die Bundesrepublik aufwenden um die Nachfolgekosten (9 Mill. pro Jahr) in München tragen zu helfen, wenn nach 16 Tagen der Rummel auf dem Oberwiesenfeld vorbei ist.

Oberbürgermeister Vogel tat diese Kosten mit dem Hinweis ab auch über König Ludwigs Schlösser hat man einmal geschimpft. Daraufhin schrieb der Elternsprecher der Eltern von Moosach und Neuhausen: Ich halte es für unverantwortlich, daß auf der einen Seite keine Kosten gescheut werden, um der Jugend der Welt die Olympiastadt München in einer aufwendigen Monsterschau zu präsentieren, und daß auf der anderen Seite in unmittelbarer Nähe, ja sogar zwischen den prächtigen Wettkampfstätten weiterhin ein bildungspolitisches Getto der eigenen Jugend bestehen bleibt.

Jetzt ist es natürlich zu spät, sich über diese ungeheuerlichen Verschwendungen zu ärgern. Man muß Konsequenzen daraus ziehen. Sollten noch einmal in der Bundesrepublik solche Milliardenbeträge für ein ähnliches Spektakel verschleudert werden, so darf das nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg geschehen. Alle Politiker reden vom sozialen Staat. Statt diesen zu verwirklichen, wird diese Entwicklung durch solche Ausgaben gebremst. Rechtzeitig Aufklärung und Information der Bevölkerung hätte bestimmt vieles verhindern können.

## fundsachen

„In einer wahren Demokratie regieren zwei Prozent der Bevölkerung. Die übrigen zweimal 49 Prozent haben nichts zu sagen.“  
„Blick durch die Wirtschaft“

Vermögenswirksame Leistungen, tarifvertragliche Verankerungen eines 13. Gehaltes und eine Erhöhung des Urlaubsgeldes konnten vermieden werden.“

Aus dem Geschäftsbericht des Groß- und Einzelhandelsverbandes der Kreise Siegen/Olpe/Wittgenstein

## Aufgespießt

„Antwort zu 1: Aus Zwang. Antwort zu 2: Fabriken zu verteidigen, die mir nicht gehören.“

Ein zum Wehrdienst bei einer Panzerdivision eingezogener Abiturient, der von seinem General nach dem „Grund seines Wehrdienstes und dem Auftrag der Bundeswehr“ gefragt worden war.

## Erlaubt

Das Personal eines Textilunternehmens in der niederländischen Stadt Sittard darf während der Arbeit wieder straflos fluchen, rauchen, Abzeichen tragen und seine politische und soziale Gesinnung zum Ausdruck bringen. Bisher hatten Arbeiter und Angestellte des Unternehmens in einem solchen Fall gemäß seit 1957 gültigen Regeln eine Buße von 50 Cents zu gewärtigen. Bei Rückfälligkeit verdoppelte sich die Buße, hartnäckigen „Sündern“ drohte sogar Entlassung. Dagegen hatten die Betroffenen mit Erfolg geklagt. Nun dürfen sie dafür sogar singen und sich prüfen. **15.6.72** hbl



## PERSONALPLANUNG NACH DEM BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ

Das neue Betriebsverfassungsgesetz legt im § 92 dem Arbeitgeber die Verpflichtung auf, den Betriebsrat über die Personalplanung rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Es verpflichtet den Arbeitgeber weiter, die Maßnahmen zur Realisierung der Personalplanung mit dem Betriebsrat zu beraten, und es gibt dem Betriebsrat das Initiativrecht, Vorschläge für die Durchführung der Personalplanung zu machen.

1. eine organisatorische Plattform für die regelmäßige Unterrichtung und Beratung zu schaffen, und
2. sich das vorhandene Personalplanungssystem erläutern zu lassen bzw. in den Unternehmen, in denen die Personalplanung noch in den Anfängen steckt, die Initiative zu ergreifen und Vorschläge für ein Personalplanungssystem zu machen, das den Bedürfnissen des Betriebes entspricht, in dem der Betriebsrat seine Aufgaben zu erfüllen hat.

Der Unternehmer  
heißt Unternehmer,  
weil er  
etwas unternimmt

Der Arbeiter  
heißt Arbeiter,  
weil er arbeitet  
Würden  
die Arbeiter  
was unternehmen,  
müßten  
die Unternehmer  
arbeiten

**MAX  
MAROTZKE**  
stellt fest:  
  
ZUR  
UNTERNEHMER-  
VERANTWORTUNG



## Nach Nachtschicht: Arbeitspause!

Wenn Nachtschichten nicht zu umgehen sind, dann sollten zumindest mehrere hintereinander vermieden werden. Auf jede Nachtschicht sollte eine Arbeitspause von 24 Stunden folgen. Das betont Prof. Dr. Rutenfranz,

Direktor des Instituts für Arbeitsmedizin an der Universität Gießen, in einem Bericht über die neuesten Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet.



# **GEWERKSCHAFT - WIRTSCHAFTLICHES INTERESSENVERTRETER ORGAN ODER KAMPFORGANISATION DER ARBEITER**

Seit ihrem Bestehen hat die Gewerkschaft viele Vorteile für die Arbeiter erkämpft und manche soziale Ungerechtigkeiten abgebaut. Aber dies ist kein Grund, sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben und diese Ergebnisse nur noch abzusichern. Klassenkampf bleibt so lange aktuell, wie es noch Ausbeutung und Unterdrückung gibt.

Daß es die noch gibt, dürfte jedem trotz aller Verschleierungen klar sein, der den Inhalt seiner Lohntüte mit den Riesengewinnen der Unternehmer vergleicht oder der einmal innerhalb seines Betriebes versucht hat, sich für mehr Demokratie und Mitspracherecht einzusetzen.

Die Gewerkschaft ist das wichtigste Organ der Arbeiter. Aber in bestmöglicher Interessenvertretung der Lohnabhängigen erfordert eine aktive Mitarbeit von unten. Diese Aufgabe haben wir uns als Mitglieder der Sozialistischen Arbeitergruppe gestellt. Da gibt es viele Aufgaben zu erfüllen.

Auf der einen Seite die Stärkung der Gewerkschaft in ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, Löhne und Sozialleistungen. Auf der anderen Seite aber ist auch eine verstärkte Kontrolle über die Funktionäre der Gewerkschaft nötig, wenn man sieht, wie lasch sie manchmal unsere Interessen vertritt, um ihren SPD-Freunden nicht weh zu tun.

Die Gewerkschaft darf nicht zur Stütze einer Partei werden, sondern sie muß die unverkäufliche Interessenvertretung der Arbeiter unter allen Regierungen bleiben.

Deshalb: Völlige Autonomie der Gewerkschaft! Eine weitere Aufgabe wäre, sich für die Demokratisierung der Gewerkschaft einzusetzen.

Die Funktionäre sollten jederzeit abwählbar sein, wenn sie nach Meinung der Arbeiter, die durch ihn vertreten werden, ihre Aufgaben nicht mehr voll wahrnehmen.

Wir müssen die Gewerkschaft auch einmal auf den richtigen Weg zurückschubsen, wenn sie unsere Interessen nicht mehr in dem Umfang und mit dem Nachdruck, wie sie nötig sind, wahrtritt.

Wir, die Arbeiter, sind die Gewerkschaft, und deshalb sollten wir auch ihren Kurs bestimmen können.

Als aktive Gewerkschafter müssen wir innerhalb unserer Organisation Forderungen durchsetzen, wie sie z. B. im folgenden zusammengefaßt sind:

- die Gewerkschaft den Mitgliedern
- Gewerkschaft raus aus der konzertierten Aktion
- Urabstimmung in den Betrieben über alle Tarifabschlüsse
- Preis-Gleitklauseln in den Tarifverträgen
- Gleitende Lohnskala (Preissteigerungen werden durch gleichzeitige Lohnsteigerungen wirkungslos)
- Tarifverträge ohne Laufzeit
- Abschaffung der Friedenspflcht
- Lineare Lohnerhöhung (gleiche DM-Beträge für alle, z. B. 100.- DM)
- Wegfall der unteren Lohngruppen
- Angleichung der Löhne nach oben
- Völlige Angleichung von Arbeitern und Angestellten
- Kontrolle der Berufsausbildung durch Gewerkschaft und gewählte Jugendvertreter
- Kündigungsschutz für Jugendvertreter
- Mehr Rechte der Gewerkschaftsjugend innerhalb der Gewerkschaft

Aber nur bei aktiver Mitarbeit sind diese Punkte durchzusetzen.

Deshalb fordern auch wir:

Macht die Gewerkschaft stark!  
Macht sie wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiter!

Sie darf sich nicht nur um unsere wirtschaftliche Interessenvertretung kümmern, sondern sie muß sich auch um andere Bereiche, wie Erziehung und Bildung, Wohnungen, Umweltschutz oder in Betrieben um Arbeiterkontrolle bemühen.

Mit einer starken Gewerkschaft für den Abbau der sozialen Ungerechtigkeiten!  
Für die Erkämpfung der Arbeiterdemokratie!



## FRAUEN IN DER GEWERKSCHAFT

Die Gesamtzahl der berufstätigen Frauen in der BRD beträgt etwa 6,8 Mill., davon sind 16,4 % gewerkschaftlich organisiert. Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Männer beträgt dagegen 41 %.

Bei einer Umfrage ergab sich, daß nur wenige Frauen ihre Lohngruppe und ihre Leistungszulage kennen. Wie können sie dann kontrollieren, ob sie auch ihrer Leistung entsprechend bezahlt werden? Viele Frauen arbeiten im Zeitlohn für Akkordarbeiten und denken nicht daran, eine gerechtere Arbeitsplatzbewertung vornehmen zu lassen, weil sie nicht wissen, an wen sie sich wenden können (an den Betriebsrat nämlich).

Die Liste dieser Beispiele könnte man fortsetzen, aus allem wird aber klar: die Frau ist für den Unternehmer eine Arbeitskraft, die er sehr leicht ausbeuten kann, weil sie über ihre Rechte nicht Bescheid weiß.

Es ist also unbedingt notwendig, daß die Frauen besser informiert werden. Ein erster Schritt dazu ist ihre Organisierung in der Gewerkschaft.

In den Organisationen des DGB und in den einzelnen Industriegewerkschaften bestehen Frauenausschüsse und Sachreferate für Frauenarbeit, innerhalb der IG Metall z. B. gibt es Bezirks- und Landesfrauenkonferenzen deren Aufgabe es ist, die Frauen im Betrieb über ihre Rechte zu informieren, Schulungen durchzuführen und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Die Arbeit der gewerkschaftlich organisierten Frauen muß jedoch am Arbeitsplatz selbst beginnen, denn auf dem Weg von den überregionalen Frauenkonferenzen bis zum jeweiligen Arbeitsplatz blieb die Information bis jetzt meistens stecken.

Viele der gewerkschaftlich organisierten Frauen sind innerhalb der Gewerkschaft - wenn überhaupt - nur in den Frauenausschüssen tätig und dringen sehr selten in Spitzenpositionen vor. Dies entspricht keineswegs der Bedeutung der Frau als Arbeitnehmerin. Wenn Frauen innerhalb der Gewerkschaft ihre Fähigkeiten beweisen und anerkannt werden wollen, müssen sie auch in anderen Bereichen (z. B. in der Tarifkommission) aktiv werden.

Andrerseits ist es unbedingt notwendig, daß man in den Betrieben auf die Probleme der Frauen wie gleiche Bezahlung, gleiche Möglichkeiten der Berufswahl, Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen und des Mutterschutzgesetzes eingeht.

Die Sozialistische Frauengruppe Esslingen will versuchen, die notwendige Informationsarbeit zu leisten und besonders krasse Fälle von Benachteiligung von Frauen im Betrieb an die Öffentlichkeit zu tragen. Damit wollen wir erreichen, daß sich die berufstätigen Frauen solidarisieren und gemeinsam für ihre Interessen kämpfen.

Treffpunkt: Gaststätte Pflug (Landolinsgasse, freitags 19 Uhr)

Sie können auch schreiben an: Dorothee Strobel, Esslingen, Zollbergstr. 30

Jede Information wird vertraulich behandelt.



DER KLEINE UNTERSCHIED IN DER LOHNTÜTE!



## TROTZ ANGEBLICHER REZSSION STEIGENDER UMSATZ BEI SEL

Eine Überschrift im Wirtschaftsteil der Esslinger Zeitung vom 3. 6. 72: „SEL-Gruppe mit beachtlich verbessertem Betrag“.  
Die Stuttgarter Zeitung schrieb einen Tag vorher: „Standard Elektrik erntet die Früchte der Stabilisierung“. Nun die Zahlen, die unter diesen Überschriften waren:  
1970 war der Umsatz der AG um 27 % gestiegen, der Jahresüberschuß hatte sich „nur“ um 13 % erhöht. 1971 war es umgekehrt. Der Umsatz erhöhte sich um 10,7 % auf 1,683 Milliarden DM, der Jahresüberschuß um 26 % auf knapp 100 Millionen. 1971 hatte die SEL-Gruppe bei einer Umsatzsteigerung von 12,5 % einen Gesamtumsatz von 1,931 Milliarden erreicht. Wie schon 1971, schreibt die Stuttgarter Zeitung weiter, sollen Preiserhöhungen zur Verbesserung des Ertrages beitragen (z. B. bei Fernsehgeräten). Der Umsatz der SEL-Gruppe (99,44% sind Besitz des amerikanischen ITT-Konzerns) ist von Januar bis April 1972 im Vergleich zur Vorjahreszeit um 16 % gewachsen, der Auftragseingang um 22 %.  
Der durchschnittliche Beschäftigungsstand ist 1971 nur um 3 % gestiegen. Der Pro-Kopf-Umsatz war 1969 42 000 DM, im Jahr 1970 bereits 48 000 DM. Im Jahre 1971 stieg er um 9 % und zwar auf 52 600 DM.  
Auf das Grundkapital von 207 Millionen sollen erhöht 16 % Dividende bezahlt werden. Außerdem soll ein Sonderbetrag von 66 Mill. ausgeschüttet werden, das entspricht einer Gesamtdividende von 48 %.

Die Dividende beträgt also 48 %. Die Lohnerhöhung war in Baden-Württemberg 7,5 %. Die Arbeiter, die diese Dividende erwirtschaftet haben, bekommen eine Kleinigkeit, die Herren Großkapitalisten schieben das sechseinhalbfache ein. Die Konsequenz wäre: laufende Information der Arbeitnehmer über den Ertrag der Arbeit; Anpassung der Dividendensteigerung an die Lohnsteigerung.  
Die Betriebszeitung „Bauelemente ITT-Journal“ Nr. 2/1972 stellt folgende Überschrift auf (Seite 2): „120 : 1 für die Esslinger Mannschaft.“ Otto Hohlbauch und seine Mannschaft haben eine Auftragssteigerung von 210 % (bei Bildröhren) gegenüber dem Vorjahr erreicht. Nicht vergessen, wenn wieder von kürzerer Arbeitszeit, Entlassungen und Ähnlichem die Rede ist.



HILFE, DIE GEWINNE LASSEN MIR NUR EINEN SCHMALEN SPIELRAUM!

## VIETNAM-KURZINFO

### 53,5 kg BOMBEN AUF VIETNAM PRO SEKUNDE

„... die Yankee-Imperialisten werfen über Vietnam 53,5 kg Bomben pro Sekunde ab, das sind 3 210 kg pro Minute, 192 600 kg Bomben pro Stunde, 4 622 400 kg jeden Tag. Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind in Indochina erhielten bisher durchschnittlich 265 kg nordamerikanisch Bomben; jede Fläche von 5 000 m<sup>2</sup>, das heißt jeder halbe Hektar erhielt 64 kg Bomben. Insgesamt haben die Yankee-Imperialisten über Vietnam 12 Millionen Tonnen Bomben abgeworfen, das Doppelte der Menge, die im Zweiten Weltkrieg verwendet wurde. Es gibt Gegenden, in denen von fünf Bäumen vier so voll Geschossen stecken, daß die Verarbeitung dieses Holzes praktisch unmöglich ist. Es gibt 21 Millionen Bombenkrater in Vietnam. Diese Krater zerstören die Felder, die Anbaumöglichkeiten; sie füllen sich mit stehendem Wasser, dem idealen Nährboden für Insekten, die Krankheiten übertragen...“

(Aus GRANMA vom 4. Juni 1972)



FR 16.6.72

### Streiks in Quebec

Immer wieder sackert die Unruhe in Quebec, Kanadas größte Provinz, auf. Die Inhaftierung der Gewerkschaftsführer Louis Leberge, Marcel Pejin und Yvon Charbonneau (sie hatten im April einen elf Tage währenden Streik der Staatsangestellten organisiert, was gegen die Gesetze verstieß und ihnen eine Gefängnisstrafe von zwölf Monaten brachte) hat zu erneutem Streiks, Bombenexplosionen und der Besetzung von Hörfunksendern geführt. „Ist das der Beginn der Revolution in Quebec?“ forschte der Toronto Star, Kanadas größte Zeitung.

Quebecs Justizminister Jerome Choquette erklärte, daß starke Einseitigkeit der Alarmposition an strategisch wichtigen Stellen postiert werden. So gespannt war die politische Lage, daß die Kabineminister Castonguay und Miller — unzufrieden mit der Politik des Regierungschefs Bourassa — sogar ihren eigentlich fest beschlossenen Rücktritt aufschoben. Auf dem Höhepunkt der Unruhen behielten die Streikenden das Erscheinen der sechs Tageszeitungen Montreals verhindert. In Montreal streikten auch 95 Prozent der 40 000 Bauarbeiter. In Quebec blieben fast 80 Prozent der 2 700 Lehrer den Schulen fern. In St. Jerome, nördlich von Montreal, besetzten Streikende den Hörfunksender und behielten ihn sechs Stunden lang unter ihrer Kontrolle. Auch in Montreal wurde der Hörfunksender von Anhängern der inhaftierten Gewerkschaftsführer besetzt.

In Trois Rivieres wurden sogar vier Spitzler von der Arbeitsniederlegung erfaßt. Besonders massiv war der Streik in Sept-Iles, Kanadas bedeutendsten Hafen für die Verschiffung von Eisenerz, einer Hochburg der franko-kanadischen Separatisten. Hier warf die Polizei auch Verhaftung von Hubschraubern an. Die Demonstranten zu zersprengten.

### Mangakis hofft auf den DGB

FRANKFURT A. M., 27. Juni (FR). Der griechische Strafrechts-Professor Mangakis, der sich seit einigen Monaten nach seiner Entlassung aus einem Gefängnis des Athener Militärregimes in der Bundesrepublik aufhält, hat an den in Berlin tagenden DGB-Kongress folgende Grußadresse gesandt:

„Die Beratungen des 9. Ordentlichen Kongresses des DGB werden nicht nur von den vielen in der Bundesrepublik beschäftigten griechischen Arbeitnehmern, sondern auch von allen griechischen Demokraten mit großem Interesse und mit dem Gefühl der Hoffnung verfolgt.“

Für uns sind die deutschen Gewerkschaften nicht allein die solidarischen Interessenvertreter der Arbeitnehmer — auch der ausländischen in der Bundesrepublik. Sie sind darüber hinaus die konsequenteste Kraft auf dem Wege der Humanisierung und Demokratisierung der Gesellschaft — in Deutschland und in Europa.

Für ihren Einsatz für die Rechte des griechischen Volkes und für die Befreiung der politischen Gefangenen in meiner Heimat sind wir ihnen dankbar. Gerade zu einer Zeit, in der das griechische Volk besonders geprüft wird, hoffen wir weiterhin auf ihre Unterstützung, damit die Gewöhnung an Diktatur, Unrecht und Doppelzüngigkeit, vor der Günter Grass in Athen gewarnt hat, sich nicht breit macht.

In diesem Sinn und zum Wohle eines vereinten demokratischen und sozialen Europas wünsche ich — auch im Namen meiner noch gefangengehaltenen Freunde — Ihnen nachhaltigen Erfolg.“ FR. 26.6.72

### Strauß attackiert Presse und DGB

FRANKENTHAL, 25. Juni (AP/dpa). Massive Vorwürfe gegen Presse, Funk und Fernsehen sowie gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund erhob der CSU-Vorsitzende Strauß auf einer CDU-Veranstaltung in Frankenthal.

FR 26.6.72

### ACHTUNG, KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN !!

Wenn ihr uns Informationen und Misstände aus euren Betrieben mitteilen wollt, so wendet euch bitte an die auf dem Titelblatt angegebene Adresse.

Ausserdem sind wir dankbar und abhängig von jeder Kritik an dieser Zeitung, nur so kann sie ihren Platz innerhalb der Interessenvertretung der arbeitenden Menschen einnehmen. Wir behandeln alles streng vertraulich, so dass ihnen keine Nachteile entstehen können.

Die Mitglieder der Sozialistischen Arbeitergruppe treffen sich samstags um 3 Uhr in der Gaststätte Goldener Pflug in der Landolinsgasse.

Da wir den Druck dieses Blattes selbst finanzieren müssen, sind wir, wenn es weiterhin erscheinen soll, von Spenden abhängig. Wir haben deshalb bei der Kreissparkasse Esslingen ein Spendenkonto eingerichtet.

Was tun im Betrieb Kontonr. 1382208

DIE GEWERKSCHAFT gehört uns ARBEITER — nicht den BÜROKRATEN

